

Amts- und Anzeigebatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsrern Vo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Kleinp.
Zeile 10 Pf.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: G. Hannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr. 143.

Dienstag, den 14. Dezember

1897.

Im Jahre 1898 werden die Gerichtstage in Schöneide,

Montag, den 10. und 24. Januar, 7. und 21. Februar, 7. und 21. März, 4. und 18. April, 9. und 23. Mai, 6. und 20. Juni, 4. und 18. Juli,
8. und 22. August, 5. und 19. September, 3. und 24. Oktober, Freitag, den 4. und Montag, den 21. November und Montag, den 5. und 19.

Dezember

im Rathause — wie seither — abgehalten und dabei nur Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die spätestens zwei Tage vorher an Gerichtsstelle schriftlich oder mündlich angemeldet worden sind, erledigt werden.

Beteiligte, die zur gesuchten Zeit nicht erscheinen, müssen gewartigen, daß ihre Angelegenheiten an dem Tage überhaupt nicht vorgenommen werden.

Eibenstock, am 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Chr.

Hg.

Ansere Erwerbung in Ostasien.

Es zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, wie das Verständnis für unsere überseeischen Beziehungen, die Erkenntnis des hohen Werthes von Kolonien und Stützpunkten, und damit auch der Unternehmungsgeist, der an dem allgemeinen Wettbewerb auf dem Weltmarkt thätigen Anteil nehmen will, im deutschen Volke stetig wächst. Nicht nur die Statistik über Industrie und Handel der vergangenen Jahre, und der unverkennbar sich allmählich hebende Wohlstand liefern hierfür Beweise, sondern noch viel klarer tritt bei den jetzt in Ostasien sich abspielenden Vorgängen diese Erziehung zu Tage.

Eine große, noch stetig zunehmende Mehrheit des deutschen Volkes stimmt dem energischen Vorgehen der deutschen Regierung in China nicht nur aus vollem Herzen zu, sondern wünscht und hofft auch zuversichtlich, daß Deutschland jetzt endlich auch in Ostasien festen Fuß fassen werde, wie dies England, Frankreich, Russland, Spanien, Portugal und selbst Holland längst gethan haben, obgleich von England abgesehen, deren dortige Interessen weit geringer als diejenigen Deutschlands sind. Das deutsche Volk wünscht, daß unsere Regierung sich eine Lage schaffe, welche sie in den Stand setzt, solchen Vorcommunissen, wie die Ermordung der beiden Missionare in Tientschou vorzubeugen, was aber nur geschehen kann, wenn wir selbst einen festen Punkt an der Küste dauernd besitzen, von dem aus wir sowohl einen größeren moralischen Druck ausüben, als auch eine Sühne für geschehene Unbill schneller erzwingen können. Das deutsche Volk sieht es als eine Pflicht der Regierung an, Deutschlands Stellung und Ansehen im fernsten Osten zu festigen und zu stärken, und dies kann gerade den Chinesen gegenüber nur durch eine dauernde Festsetzung an der Küste in nicht zu geringem Umfange geschehen. Die vorübergehende Entsendung einiger Kriegsschiffe, deren Erscheinen selbst auf die schiffsgewohnten Bewohner der wenigen Häfen, welche von unseren Kreuzern angekommen werden, keinen großen Eindruck macht, und von deren Anwesenheit kein Mensch im Binnenlande etwas erfährt, bleibt ziemlich wirkungslos. Es ist aber sehr wünschenswert, daß die gesamte Bevölkerung von unserer Macht Kenntnis erhält. Dadurch wird jedenfalls den Ausschreitungen des chinesischen Pöbels besser vorbeugt als durch alle Befehle des Kaisers von China.

Aber nicht nur die Sicherung und der Schutz unserer Missionare, welche ihren verantwortungsvollen, schweren und gefährlichen Beruf dort draußen ausüben, erfordern die Schaffung eines positiven deutschen Besitzes in China, sondern auch unsere Handelsinteressen bedürfen eines festen Stützpunktes derselbst, wie noch in allerletzter Zeit aus industriellen und Handelskreisen auf das Bestimmteste ausgedrochen worden ist. Unter dem Schutz der deutschen Flagge wird der Unternehmungsgeist unserer Kaufleute neue Abzweigungen schaffen und dem Handel mit China einen Aufschwung verleihen, der unserem ganzen Volke zu gute kommen und durch Erhöhung der Produktion einer Kalamität in der Arbeitsfrage für lange Zeiten vorbeugen wird.

Wie sehr man auch von diesem Gesichtspunkt aus ein festes Zugreifen unserer Regierung wünscht, geht unter anderem auch aus der Thatache hervor, daß sich bereits Gesellschaften zum sachgemäßen Abbau der Kohlenlager bei Wei, etwa 100 km von der Kiao-schau-Bucht entfernt, und zur Anlage einer diese Bai mit den Kohlenbergwerken verbundenen Eisenbahn sowie zum Bau von großen Lagerhäusern und den für die Handelschiffahrt nötigen Hafenanlagen in der Kiao-schau-Bucht bilden. Zu ihrer definitiven Konstituierung wird nur die endgültige Entscheidung unserer Regierung abgewartet.

An Unternehmungslust und Kapital fehlt es also nicht, und an dem Erfolge der geplanten Unternehmungen kann nach Aussage der besten Kenner chinesischer Verhältnisse sowie der vielen seit Jahren in Ostasien lebenden Kaufleute nicht gezweifelt werden.

Mögen nur solche Projekte, wie die vorstehend aufgeführt, immer zahlreicher auftreten, damit die Regierung sieht, daß sie bei faktischer Besitzergreifung der Bucht von Kiao-schau das deutsche Volk hinter sich hat, und daß letzteres aus einem

solchen Besitz auch die Nutzanwendung unverzüglich zu ziehen gewillt ist. —

Wie die demokratische und sozialistische Presse im höchsten Grade versucht ist über die verhältnismäßig guten Aussichten, die man dem Flottengelege mit vollem Rechte prognostizieren kann, so paßt es diesen, in keiner Weise von den nationalen Regungen unseres Volkes berührten Blättern auch durchaus nicht, daß das deutsche Vorgehen in Ostasien immer noch nicht diejenigen „Konflikte“ gezeigt hat, die man mit englischen Philistermienen prophezeite. Mit großem Behagen und ohne jede Prüfung nahm die regierungfeindliche Presse daher auch alle und jede Nachrichten aus englischer Quelle, selbst die einsichtigen, auf und verbreitete sie. So weist sie jetzt wieder mit Cassandra auf eine Meldung der „Times“ hin. Danach habe Deutschland, nachdem China Deutschlands Forderungen zugestanden, die Räumung Kiao-schau an einem später festzusetzenden Zeitpunkt zugesagt. Deutschland erhalte dafür als Kohlenstation die Einbuchtung von Samtsch in der Provinz Fotsien. Diese Einbuchtung, so erklärten die „Times“ einigermaßen gereizt, liege einige 40 Meilen nördlich von Tutschau; sie hat zehn Meilen Tiefe und zwei Meilen Breite und ist von der Seeseite durch eine Anzahl kleiner Inseln geschützt, bietet daher einen guten Ankerplatz. Möglicherweise werde Frankreich, das einen lebhaften Interesse an dem Arsenal in Tutschau nehme, etwas bei der neuesten Wendung zu bemerken haben. England dagegen natürlich nicht daran, Deutschlands Gründe für die Notwendigkeit eines Flottenstützpunktes zu bestreiten, könne aber in Betracht seiner großen Handelsinteressen seinerseits nicht gleichgültig bleiben und werde vielleicht auch zur rechten Zeit Ansprüche auf die Dankbarkeit Chinas für die im Laufe des japanischen Krieges geleisteten Dienste anmelden und daran erinnern, daß es auf Grund der Konvention von 1846 gewisse Anrechte auf die zeitweilig besetzte, später geräumte Inselgruppe am Ausflusse des Yangtsze, die Chusan-Inseln, besitze.

Endlich einmal, jammert der „Vorwärts“ angesichts dieser Nachricht, werde sich die deutsche Regierung doch bequemen müssen, ihren „Unterthanen“ Klarheit zu schaffen über die Dinge, die in China vorgenommen. „Dort sind die lieben „Unterthanen“ nur zur Bewilligung von Schiffen und zum Zahlen von Steuern da?“ Das Organ der Umstürzer mag sich beruhigen. Die Regierung wird den richtigen Moment zur Bekanntgabe ihrer Pläne schon selbst wählen. Darin, daß in den zarten Händen, die jetzt gewoben werden, die verlorenen Hände der Herren Richter und Schönlan nichts zu suchen haben, stimmt der verständige Theil des deutschen Volles mit der Regierung jedenfalls überein. Und was die Meldung der „Times“ anlangt, durch welche die Demokratie in so großer Aufregung verzettelt worden ist, so beruht sie, wie zwischen schon von machender Seite bekannt gemacht wird, auf blonder Erfindung unserer lieben „Vetter“ jenseits des Kanals!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Abschiedsworte des Fürsten Bismarck an den Prinzen Heinrich gelegentlich seiner Entsendung nach Ostasien paraphrasirt die „Westdeutsche Zeitung“ folgendermaßen: „Fürst Bismarck wünschte dem Prinzen gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr“. Gute Fahrt; denn der Prinz darf seine hohe Mission antreten in dem Bewußtsein, daß daheim alles gut gehen wird. Noch vor wenigen Monaten stand am Horizont des Reiches eine drohende Gewitterwolke, die nichts Gutes verhieß. Der Kampf um die Flotte, für die so mancher deutsche Mann kämpfte, ist entschieden. Fest steht das deutsche Volk heute zu Kaiser und Reich. Guten Erfolg wünsche Bismarck. Es müßte uns fast albern vorkommen, wenn dieser Wunsch, so warm den Herzen des großen Staatsmannes und Reichsgründers komme, auf einige Hunderttausend Taels sich beziehen sollte. Für den Verlust des heutigen Lebens unserer Missionare Gemüthsruhe zu fordern, ist eine ernste, vaterländische Pflicht. Genüghung in Geld und Wörtern

wird China auch bieten, so gut wie Haiti nicht länger anstand, Deutschland jede Genugthung zu geben. In China handelt es sich jedoch um mehr, handelt es sich so recht eigentlich um ein Lebensinteresse der deutschen Seemacht! Über Schantungs Küste weht die deutsche Flagge, sie wird nicht mehr von dannen weichen! Dafür bürgt uns die Berufung des Prinzen Heinrich, der seinem Kaiser für die also erwiesene Gnade dankt. Und gute Heimkehr: Möge Prinz Heinrich, wenn ihn der Kaiser Befehl zurückruft, dem Vaterland einen neuen Titel seiner Größe, seines Wachthums und seiner Machtentfaltung mitbringen.“

— Die Reichspostverwaltung beabsichtigt eine Beschleunigung der Depeschenbeförderung herbeizuführen durch Einrichtung sogenannter Kartentelegramme. Die Depesche wird in diesem Falle nicht auf das bekannte, noch komplizierte Zusammenlegen durch eine Siegelmarke verschlossene Formular, sondern auf ein neues, in Form einer Postkarte gedachte Formular geschrieben und dieses offen dem Empfänger zugestellt. Auch die Zeit der Ankunft am Bestimmungsort soll wegfallen und durch einen Stempeldruck, wie bei den ankommenden Briefen, erlegt werden. Kartentelegramme sollen durchweg 50 Pf. kosten und bis zu 15 Wörtern erhalten dürfen.

— Die Eisenbahn-Berlusliste im Oktober ergibt für das deutsche Eisenbahngebiet (ausschließlich Bayerns) 27 Entgleisungen, 33 Zusammenstöße und 181 sonstige Betriebsunfälle. Dabei wurden 69 Personen getötet und 145 verletzt. Die Bissern zeigen noch immer eine erstaunliche Höhe.

— Der in diesen Tagen zur Veröffentlichung gelangende Gesetzentwurf zum Schutz der Bauhandwerker entspricht, bis zu einem gewissen Grade, dem französischen Gesetz, das auch in Elsass-Lothringen noch in Geltung ist. Nach diesem kann auf Antrag der Baustellenwerke abgeschaut und danach der Anspruch der Bauhandwerker befriedigt werden. Der jetzt ausgearbeitete deutsche Gesetzentwurf macht die Abschaltung des Baustellenwerches zur unbedingten Voraussetzung für die Eintragung der Forderungen der Bauhandwerker in das Hypothekenbuch an bevorzugter Stelle.

— Österreich-Ungarn. In Prag ist es jetzt verhältnismäßig ruhig; die Verhaftungen der an den Ausschreitungen Beteiligten werden fortgesetzt, doch hat das Standgericht noch keine Gelegenheit gehabt, ein Urteil zu fällen. Bei vielen der Verhafteten hat man auch geraubte Waren gefunden, ein Beweis, daß es keineswegs nationaler Chauvinismus allein war, der die Tschechen zum Handeln veranlaßte. Das österreichische Unterrichts-Ministerium hat es dem böhmischen Stathalter, Grafen Countenhay anheimgestellt, an allen vier Prager Hochschulen sofort Ferien einzutreten zu lassen.

— Frankreich. In einer Erörterung des Vormarsches der Franzosen nach Nissi und des Verhältnisses Englands und Frankreichs in Westafrika weist Karl Blind in der „Deutschen Kolonialzeitung“ darauf hin, daß die Partei, die in Frankreich, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit England, so gewaltätig in Westafrika vorgeht, dabei auch an die Revanche gegen Deutschland denkt. Es heißt in dem Artikel: „Die Partei hat schon mehrmals Neuerungen fallen lassen, doch in Westafrika treffliche unregelmäßige Truppen aus den farbigen Eingeborenen gebildet werden können, die bei einem europäischen Krieg — man weiß ja, was damit gemeint ist — zu verwenden wären. Es ist die alte „Turko“-Politik. Elsass-Lothringen lieferte früher für Frankreich ausgezeichnete Soldaten: schwere Reiterei, vorzügliche Unteroffiziere und nicht wenige höhere Offiziere und Generale — leichter ganz außer allem Verhältnis zur Bevölkerungszahl von Elsass-Lothringen. Bei dem Streben nach Eroberung noch weiteren deutschen Gebietes auf dem linken Rheinufer wirkte im Kreise der französischen Heeresleitung sehr stark der Wunsch mit, eine sich zahlreich vermehrnde, kriegerisch tüchtige Bevölkerung anzugießen, um den durch den Rückgang der Geburten im eigenen Lande entstandenen Ausfall zu decken und in Zukunft Deutschland noch besser mit Hilfe von Deutschen bekämpfen zu können. Da dies misslang, sollen jetzt die Schwarzen in Westafrika für diese Zukunftspläne hergerichtet werden.“

— Spanien. Von dem Zustande, in dem sich das